

Digitalisierungsstrategie 2030 beschlossen

[19.10.2023] Verstärkte KI-Nutzung, Schaffung hybrider Cloud-Infrastrukturen, mehr Automatisierung – dies sind wesentliche Elemente der neuen Digitalisierungsstrategie, die das niedersächsische Kabinett jetzt beschlossen hat. Geplant ist auch der Aufbau eines Cyber-Sicherheitszentrums.

Das niedersächsische Kabinett hat die Digitalisierungsstrategie 2030 beschlossen. Damit soll die digitale Transformation der niedersächsischen Landesverwaltung in den kommenden Jahren sichtbar vorangebracht werden, heißt es aus der Staatskanzlei des Landes. In zehn Themenfeldern sind insgesamt 43 Maßnahmen festgelegt. Wesentliche Teile der Strategie sind unter anderem Initiativen zum Einsatz von Künstlicher Intelligenz und die Nutzung von hybriden Cloud-Infrastrukturen. Auch automatisierte Abläufe und Arbeitsprozesse in der Landesverwaltung sollen zu einer Beschleunigung und Vereinfachung von Verwaltungstätigkeiten beitragen. Die Nutzung von CO₂-neutralen und energieeffizienten Rechenzentrumsstrukturen sind ein weiterer wichtiger Bestandteil der Strategie. Darüber hinaus sollen organisatorische Themen wie der Arbeitsplatz der Zukunft, die flexible Arbeitsplatzgestaltung und die Rolle des Landes als moderner Arbeitgeber weiter vorangebracht werden.

Mehr Unterstützung für Kommunen

Die geplanten Maßnahmen sollen einen umfassenden Modernisierungsprozess und die Nutzung neuer Technologien in der Landesverwaltung unterstützen. Zudem soll dem bereits deutlich spürbaren und sich weiter verschärfenden Fachkräftemangel begegnet werden.

Die in der Strategie beschriebenen Maßnahmen sollen durch den Aufbau Cyber-Sicherheitszentrums flankiert werden, das auf verschiedene Zielgruppen ausgerichtet ist. Es soll Cyber-Angriffe auf die Infrastrukturen der niedersächsischen Landesverwaltung verhindern und abwehren. Zudem sollen die Unterstützungsangebote für Kommunen bei der Digitalisierung und der Cyber-Sicherheit ausgeweitet werden. Auch die Bereitstellung von Online-Diensten, die Bürgerinnen, Bürgern und Unternehmen die Antragstellung erleichtern sollen – und die bereits Gegenstand des Onlinezugangsgesetzes (OZG) war – ist Bestandteil der Strategie.

Mehr ebenenübergreifende Kooperationen

Ein weiterer Schritt bei der Förderung der Digitalisierung in Niedersachsen ist die Stärkung der behörden- sowie der länderübergreifenden Zusammenarbeit. Die Standardisierungs- und Harmonisierungsbemühungen auf Bund-Länder-Ebene sollen ebenso zielgerecht unterstützt werden wie der Ausbau von Kooperationen mit anderen Ländern, IT-Dienstleistern, Kommunen und sonstigen Organisationen. „Die Aufgaben der Digitalisierung sind insgesamt zu umfangreich und zu zahlreich, als dass sie allein mit eigenen Mitteln im Land umgesetzt werden könnten. Vor diesem Hintergrund ist die Digitalisierungsstrategie 2030 von einem starken Kooperationsgedanken geprägt,“ betont Horst Baier, IT-Bevollmächtigter und CIO des Landes Niedersachsen.

(sib)

Stichwörter: Politik, Digitalisierungsstrategie, Niedersachsen